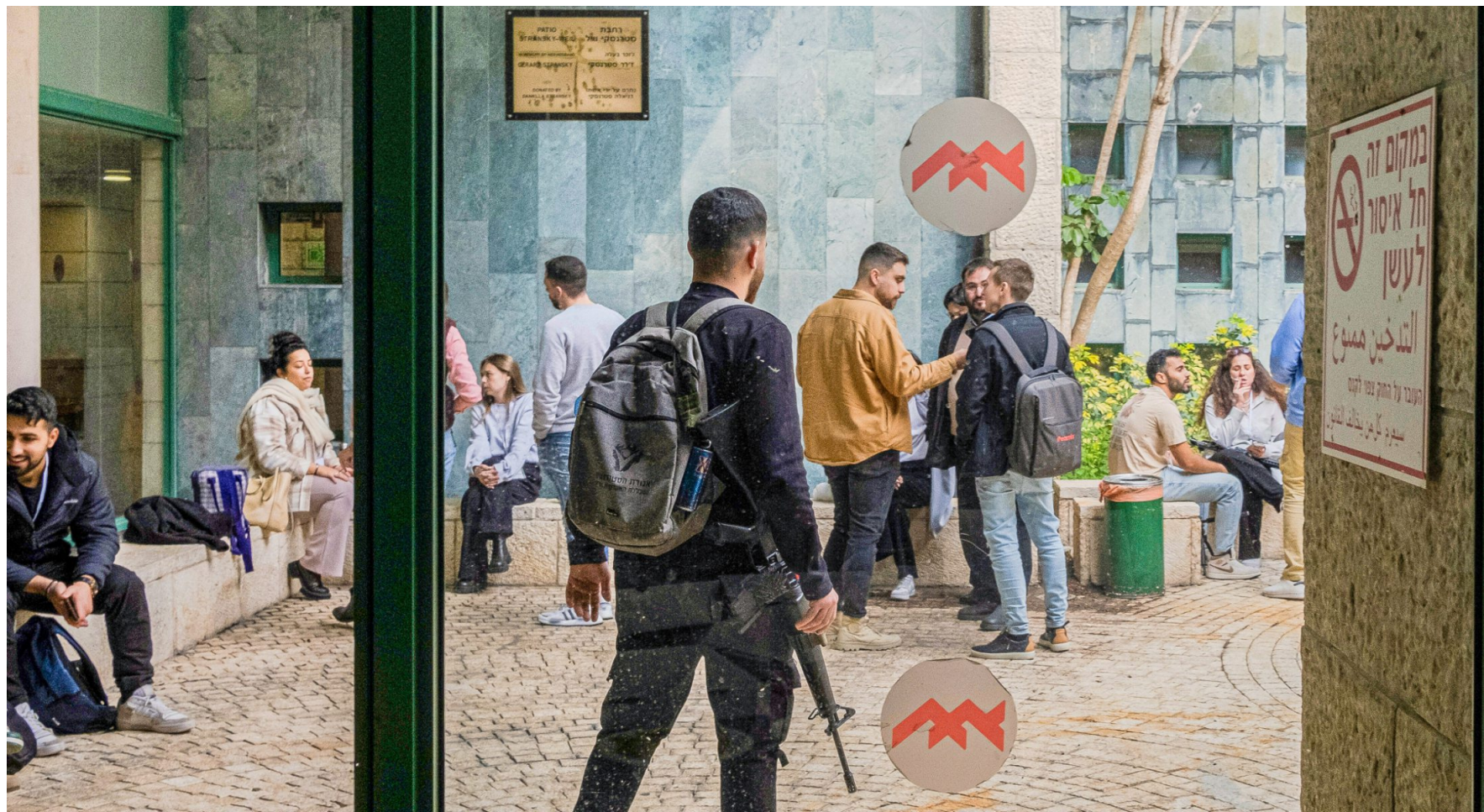


Wissenschaft und Studium im Krieg. Geht das? An der Universität Haifa, wie auch an anderen israelischen Universitäten, dachte die Universitätsleitung, dass es geht. Sie hat nach dem traumatischen Massaker der Hamas am 7. Oktober und dem Beginn des Gazakrieges den Semesterbeginn des Wintersemesters zunächst mehrfach verschoben, aber Ende Dezember den Studienbetrieb wieder aufgenommen. Es funktionierte. Das Semester geht, etwas verkürzt, in diesen Tagen zu Ende. Der Krieg leider nicht. Der luftige Campus oben auf dem Carmel, mit dem weiten Blick über die Stadt Haifa, den Hafen, das Mittelmeer und in der Ferne die Berge des Libanon, war richtig laut und voll. Es wurde viel gelacht, geraucht und geflirt, die Atmosphäre war insgesamt friedlich, obwohl mehr als 40 Prozent der Studierenden arabisch sind, die nichts mehr wünschen als ein sofortiges Ende des Gaza-Feldzugs und die über das Ausmaß der Zerstörung und die Zahl palästinensischer Opfer zornig und empört sind. Ein Grund für die relative Ruhe auf dem Campus: die meisten jüdischen Studierenden, allemal die Professoren, wollen das schnelle Ende des Krieges auch. Mindestens eine Feuerpause, um die hungerrnde Zivilbevölkerung zu versorgen. Bestimmt würden sich viele heftig darüber streiten, was nach dem Krieg sein soll, aber der alles übergreifende Konsens der letzten Wochen an der Universität Haifa ist: Netanjahu muss weg. Frieden kriegt man nur ohne ihn und seine rechtsextreme national-religiöse Regierung.

Diese Universität sei aktuell für ihn ein beinahe utopischer Ort, meint ein Professoren-Kollege und Freund. Sie sei zurzeit der einzige Ort im Land, wo Juden und Araber vernünftig miteinander sprechen und respektvoll miteinander umgehen, während ansonsten der öffentliche Raum, die Straßen und Medien von der rassistischen und chauvinistischen antipalästinensischen Kriegsrhetorik der Regierung völlig vergiftet seien. Diese Universität sei der einzige Ort, wo er es aushalte, ohne an Israel zu verzweifeln und in die tiefe Depression zu verfallen, die ihn seit Monaten völlig antriebslos macht.

In der Tat hört man Hebräisch und Arabisch auf dem ganzen Campus, die Studierenden sitzen gemeinsam in der Cafeteria und in den Seminaren, ganz gleich ob sie Rechtswissenschaft, Erziehungswissenschaft oder Biologie studieren. Die Unterrichtssprache ist Hebräisch. Das war seit der Gründung der Universität 1963 so, und das ist auch jetzt in Kriegszeiten so. Im Einzugsgebiet der Universität, in der Großstadt Haifa und im Norden Israels, leben die meisten der insgesamt fast zwei Millionen arabischen Israelis, von denen sich nicht alle als Palästinenser identifizieren. Sie alle sind aber israelische Staatsbürger, sie durchlaufen das israelische Bildungssystem, und die Universität Haifa hier im Norden ist die drittgrößte Universität Israels. Deswegen hat sie unter ihren rund 20.000 Studierenden den mit Abstand höchsten Prozentsatz arabisch-israelischer Studierender unter allen israelischen Universitäten.

Die Stadt Haifa mit ihrem hohen arabischen Bevölkerungsanteil, wo es, wie mir eine jüdische Kollegin versichert, doch völlig normal sei, einen arabischen Hausarzt zu haben, und insbesondere die Universität sind deswegen eine Art Großlabor



Nicht ohne bewaffneten Schutz: Vor der Universität Haifa, wo jüdische und arabische Israelis wieder studieren können.

Foto Amit Elkayam/The New York Times/Redux/Laif

Nebeneinander ist gut genug

An der Universität Haifa ist der Lehrbetrieb wieder aufgenommen worden – mit jüdischen und arabischen Israelis unter den Studenten

Von Christoph Schulte

für das alltägliche Zusammenleben von Juden und Arabern im Staat Israel: zwei Ethnien, zwei Kulturen, zwei Küchen, zwei Sprachen, aber eine Staatsbürgerschaft. Und das in einem Land, in dem ansonsten mehrheitlich Juden leben und das als Judenstaat gegründet wurde. Dies war schon immer eine starke Herausforderung, jetzt im Krieg erst recht. Die jüdischen Israelis müssten erst noch lernen, so der Aktivist, Rechtsanwalt und Stadtplaner Amal Ourabi aus Haifa sarkastisch und in bestem Hebräisch, dass die arabisch-israelischen Staatsbürger Teil einer riesigen arabischen Kultur im Mittleren Osten seien, mit eigener Literatur, Musik, Sprache und mit eigenen Nobelpreisträgern. So wie die jüdischen Israelis Erben und Teil einer alten, hoch angesehenen und fast weltweit verbreiteten jüdischen Kultur jenseits der Staatsgrenzen seien.

Ourabi spricht auf einem großen Kongress über Politik und die arabische Gesellschaft in Israel, welchen die liberale Zeitung „Ha'aretz“ in der Universität organisiert hat. Hier werden Krieg und Staatskrise Israels verbal heftig diskutiert, aber eben nicht ausgefochten. Ausnahmslos alle Sprecher dort, einschließlich mehrerer Knesset-Abgeordneter der Opposition, fordern eine sofortige Freilassung der Geiseln durch die Hamas und eine sofortige Feuerpause, um zu verhandeln. Alle arabischen Aktivisten und Abgeordneten haben sich, in Hebräisch und Arabisch, mündlich wie schriftlich, längst vom Terror der Hamas distanzieren. Sonst hätten Juden und Araber hier in der Universität gar keine gemeinsame Kommunikationsbasis. Der zerstörerische Krieg in Gaza müsste angesichts Zehntausender Toter und angesichts des

Hungerns der Bevölkerung sofort ein Ende haben.

Für die derzeitige Regierung in Jerusalem ist Haifa eine linksversifft Uni. Sie hatte sich im vergangenen Jahr gemeinsam mit allen anderen israelischen Universitäten öffentlich gegen die sogenannte Justizreform der Regierung Netanjahu gestellt. Den arabischen Studierenden, wie den arabisch-israelischen Staatsbürgern insgesamt, wird von der Regierung und den sie tragenden Rechtsparteien permanent Illoyalität gegenüber dem Staat Israel unterstellt. Dabei ist eines der Hauptziele der Hamas am 7. Oktober offensichtlich gescheitert: durch das Massaker die Palästinenser in den besetzten Gebieten, die Hizbullah im Libanon, die Muslim-Brüder in Ägypten und Jordanien, und auch die arabischen Israelis zu einem Aufstand und Krieg gegen alle Juden zu bewegen. Der Islamismus, Fanatismus und der Terror der Hamas werden in Haifa und unter den arabisch-israelischen Staatsbürgern weitgehend abgelehnt. Die öffentliche Solidarisierung mit der Hamas fiel aus. Hamas präsentiert keineswegs „die Palästinenser“ wie Ignoranten in Europa und an nordamerikanischen Universitäten meinen. Jedenfalls nicht in Haifa. Sie repräsentiert nur sich selbst und lieferte in Gaza ein weiteres Beispiel für die Schrecken islamistischer Ideologie und Diktatur.

In Israel mögen die arabisch-israelischen Staatsbürger sich häufig diskriminiert und als Staatsbürger zweiter Klasse fühlen, zumal unter dieser chauvinistischen, jüdischnationalreligiösen Regierung. Dagegen wehren sie sich auch, teils wütend, teils schon zynisch. Aber gerade die christlichen Palästinenser und insbesondere die Frauen genießen im Staat Israel mehr Rechte und Freiheiten als unter der Hamas in Gaza oder unter jedweden islamistischen Re-

gime. Sie haben beispielsweise das Recht, mit Hidschab oder ohne, an der Universität Haifa zu studieren, auch im Krieg. Sie können Lehrerinnen, Ärztinnen, Juristinnen oder Professorinnen werden. Die Vizepräsidentin der Universität, Mouna Maroun, stammt aus einer arabisch-christlichen Familie in Nazareth, ist Neurobiologin und israelische Staatsbürgerin.

Geradezu bekenntnishaft sagte mir der freundliche und zugängliche Rektor und seit Herbst neue Präsident der Universität, Gur Alroy, vor Kurzem in der immer überlaufenen Universitäts-Cafeteria „Aroma“: er sei stolzer denn je über die jüdisch-arabische und soziale Diversität an der Uni Haifa, gerade jetzt in Kriegszeiten. Ja, die Universität sei ein guter Ort. Man rede schon mit den Juden auf Augenhöhe hier, bestätigt mir der Student Abed aus dem Dorf Isfiya, gleich hier am Carmel, beim Kaffee im Aroma. Aber nach dem Reden denken die einen trotzdem mehr an die Hungernden in Gaza als die anderen. – Da ist er wieder, der verdammte Krieg. Jetzt im Ramadan fasten tagsüber Millionen Muslime in der Welt freiwillig: in Gaza hungern sie, weil die israelische Armee die Lebensmitteltransporte zu lang aufhält, Tag und Nacht. „Wir sind auf dem Weg in die Hölle“, sagt eindringlich der Leiter des jüdisch-arabischen Zentrums der Universität, Doron Navot. Und Hillel Newman, Professor für spätantikes Judentum und Head of Department der großen Abteilung für Bibel, Jüdische Geschichte und Jüdische Studien in Haifa, sieht Israel mit dieser Regierung und ihrer humanitär fragwürdigen Kriegsführung völlig isoliert zum neuen „Paria-Staat“ der internationalen Weltgemeinschaft absteigen – selbst für seine engsten Alliierten.

Der Anblick der Bilder des 7. Oktober, die von der Hamas gezielt und provokativ

ins Netz gestellt wurden, so sagen mir mehrere Kollegen hier, hat bei vielen Israelis eine Überlebensangst ausgelöst, die sofort dazu führte, das Massaker mit der Schoah und dem Jom-Kippur-Krieg von 1973 zu assoziieren, als die Existenz des Landes tatsächlich auf dem Spiel stand. Hinzu kam das Versagen von Regierung und Armee, die Lage wieder in den Griff zu bekommen: Fast drei Tage währte der völlige Kontrollverlust. Noch nie habe sie sich so ungeschützt gefühlt, erzählt mir eine Kollegin, die im Großraum Tel Aviv lebt. Ihre Kinder gingen drei Wochen nicht zur Schule und in den Kindergärten, stattdessen jeden Tag mehrfach wegen Luftalarms in den Schutzraum, während oben am Himmel die Raketen der Hamas vom Iron Dome abgefangen wurden. Angst bestimmte jeden Tag, und die kleine Tochter schreckt bis heute beim kleinsten Knall zusammen.

Größtes Unverständnis und teilweise offene Empörung bei allen Kollegen löst Netanjahus oft wiederholte Ankündigung aus, den blutigen Krieg in Gaza bis zum „totalen Sieg“ zu führen, aber keinen Plan und kein politisches Ziel für eine Nachkriegsordnung zu benennen. Es sei einfach irrational, politisch ziellos einen Krieg zu führen. Dabei sei Netanjahus Weigerung, ein Wort über den Tag nach dem Krieg zu verlieren, dem Ausland unverständlich, aber insbesondere gegenüber der israelischen Bevölkerung und den eigenen Soldaten eine demokratische Unverschämtheit. Hinter verschlossenen Türen entscheidet das Kriegskabinet, das Volk hat sich zu fügen. Wahlen soll es erst nach dem Krieg geben, von dem keiner weiß, wie lange er noch dauern soll. „Diktator“ nennen sie Netanjahu deshalb auf der regierungskritischen Demo in Haifa am Samstagabend.

Cedric Cohen-Skalli, der Direktor des Bucerius-Instituts der Universität Haifa, hält eine Zweistaatenlösung und ein Ende der Besatzung in Westbank und Gaza für politisch unvermeidlich. Wenn zwei Völker nicht miteinander auf demselben Territorium leben möchten, dann eben nebeneinander. Der Versuch Netanjahus und der Rechten, den Palästinensern dauerhaft ihre nationale Selbstbestimmung zu verweigern und sie in Gaza und der Westbank als buchstäblich Staatenlose unter Besatzungsrecht zu halten, sei ja ganz offensichtlich blutig gescheitert. Israel könne die Palästinenser nicht noch einmal jahrzehntelang unterdrücken. Netanjahu wisse das im Grunde, aber wenn er dies öffentlich sage, wäre am nächsten Tag seine Partei, seine Regierung und seine politische Karriere vorbei. Die Zeitung „Ha'aretz“ veröffentlichte kürzlich eine Meinungsumfrage, der zufolge eine Mehrheit der Israelis glaubt, dieser Krieg werde von Netanjahu nur weitergeführt, weil das Ende des Krieges auch sein Karriereende bedeute. Cohen-Skalli möchte Joe Biden am liebsten zum Schutzpatron für Haifa und die Zweistaatenlösung ausrufen. Bleibt aber die Frage, wer von beiden, Netanjahu oder Biden, länger im Amt bleibt.

Der Autor ist Professor für Jüdische Studien und Philosophie an der Universität Potsdam. Er lehrte im Rahmen des interuniversitären Programms „Ashkenasic Studies“ der beiden Universitäten 2024 zum dritten Mal als Gastprofessor an der Universität Haifa.

Nur eine private Meinungsäußerung?

Eine Hochschullehrerin hat Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Präsidentin der TU Berlin eingeleigt / Von Mathias Brodkorb

Anfang Februar veröffentlichte Geraldine Rauch, Präsidentin der TU Berlin, auf Table.Media einen Gastbeitrag und griff dabei das „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ scharf an (F.A.Z. vom 5. März). Der Zusammenschluss von mittlerweile mehr als 700 Wissenschaftlern stelle „massiv“ in Frage, dass alle „Menschen, egal welcher Nationalität, Religion oder welchen Geschlechts, gleich und fair“ zu behandeln seien, so Rauch. Und damit stärke das Netzwerk „das Narrativ der Neuen Rechten, Rechtsextrem*innen und anderer verfassungsfeindlicher Organisationen“. Und „leider“, schreibt Rauch, gehörten dem Netzwerk „auch Personen der TU Berlin“ an.

Als Beispiel für die Aktivitäten des Netzwerkes verwies sie dabei auch auf Gisela Müller-Plath. Die Mathematikerin hat einen Lehrstuhl an der TU Berlin inne. Und ihre Dienstvorgesetzte ist gemäß Berliner Hochschulgesetz die Präsidentin selbst. Müller-Plath stört sich gleich an zwei Dingen: an der Verunglimpfung des Netzwerkes und damit auch namentlich ihrer eigenen Person.

Nur einen Tag nach Veröffentlichung von Rauchs Gastbeitrag wendet sie sich daher schriftlich an ihre Vorgesetzte und verlangt „binnen eines Monats“ einen Widerruf. Die möglichen Konsequenzen für den Fall, dass es dazu nicht komme, deutet Müller-Plath dabei am Schluss des Schreibens nur an. Sie verweist auf eine gerichtliche Entscheidung zugunsten der Biologin Marie-Luise Vollbrecht. Die hatte sich mithilfe der renommierten Anwaltskanzlei Höcker erfolgreich gegen die Verunglimpfung ihrer Person durch ihre Humboldt-Universität zur Wehr gesetzt.

Einen Widerruf der Präsidentin gibt es bis heute nicht, aber ein durch Rauch veranlassetes anwaltliches Schreiben vom 23. Februar. In ihrem Namen wird darin geltend gemacht, sie hätte sich lediglich

als Privatperson und nicht als Universitätspräsidentin zu Wort gemeldet. Somit stehe ihr gemäß Artikel 5 Grundgesetz das Recht auf Meinungsfreiheit zu. Allerdings, so Rauchs Anwälte, sei es nicht gestattet, den Inhalt dieses Schreibens öffentlich zu machen.

Müller-Plath legte daraufhin nach eigenen Angaben mit Datum vom 17. März Dienstaufsichtsbeschwerde gegen die Präsidentin Rauch bei der Berliner Se-

natsverwaltung ein und kündigte gegenüber dieser Zeitung außerdem an, auch eine Anwaltskanzlei zu beauftragen, um wie Vollbrecht ihre Rechte notfalls gerichtlich durchzusetzen. Sogar die Antidiskriminierungsstelle der Universität hat sie inzwischen eingeschaltet.

Die Chancen für einen gerichtlichen Erfolg stehen gleich aus zwei Gründen nicht schlecht. Zunächst dürfte sich Rauch gegen den Vorwurf zur Wehr set-

zen müssen, ihre Fürsorgepflichten gegenüber Müller-Plath verletzt zu haben. „Frau Rauch hat weder vor noch nach ihrem Artikel je das Gespräch mit mir gesucht und stattdessen meinen Namen öffentlich in ein schlechtes Licht gerückt“, sagt Müller-Plath dazu. Hinzu komme, dass sie mit ihrem Beitrag ausdrücklich im Namen der TU Berlin spreche. „Dazu hat sie kein Recht. Es existiert kein entsprechender Gremienbeschluss der Universität“, so Müller-Plath.

Dass es sich beim fraglichen Beitrag bloß um eine private Meinungsäußerung gehandelt haben soll, wie Rauchs Anwälte geltend machen, dürfte sich argumentativ kaum erhärten lassen. Bis Redaktionsschluss wurde der entsprechende Beitrag auf Table.Media ausdrücklich als einer der TU-Präsidentin angekündigt, in dem diese „ihre Institution klar“ gegen das „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ positioniere. Und im letzten Satz von Rauchs Text heißt es wortwörtlich und im Original ausdrücklich fett gedruckt: „Die TU Berlin positioniert sich klar gegen das Netzwerk Wissenschaftsfreiheit als Zeichen für Demokratie und als Zeichen für die Solidarität mit allen Menschen.“ Dass ein entsprechender Gremienbeschluss der Universität aber gar nicht existiert, wird auf Anfrage an den Senatsvorsitzenden selbst von der Pressestelle der Universität bestätigt.

Aus diesen Gründen kommt Christian Conrad, Partner der Anwaltskanzlei Höcker, zu einer klaren Erfolgsprognose für Müller-Plath. Vor allem der letzte Satz in Rauchs Artikel belege, dass es sich nicht um eine bloß private, sondern um eine „amtliche Äußerung“ handle: „Konkrete Äußerungen bzw. negative Bewertungen zu Angehörigen der TU Berlin erweisen sich als unzulässig, da die Präsidentin hier u. a. beamtenrechtliche Fürsorgepflichten verletzt haben dürfte.“ Präsidentin Rauch

äußerte sich bis Redaktionsschluss auch auf mehrfache Nachfrage hin nicht zu den gegen sie erhobenen Vorwürfen.

Es dürfte dabei kein Zufall gewesen sein, dass sie in einem einflussreichen Bildungsblog im Februar dieses Jahres noch einen weiteren Beitrag veröffentlichte und sich dazu den Hamburger Historiker Jürgen Zimmerer als Ko-Autor an die Seite geholt hatte. In dem Text kritisieren beide den Deutschen Hochschulverband (DHV) dafür, dass dieser „einseitige Parteinahme zugunsten des Netzwerkes Wissenschaftsfreiheit“ betreibe, also sich nicht pauschal distanzieren. Und das müsse am Ende eben als bedenkliche „Zustimmung“ gewertet werden.

Rauch bekannte dabei unlängst in einem kurzen Tweet auf X, was der eigentliche Anlass für ihre Kritik am „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ sein dürfte. Führende seiner Mitglieder stünden nämlich „offen zur AfD oder zur Wertunion“. Es liegt nahe, dass Rauch dabei auch ihr eigenes Universitätsmitglied Müller-Plath im Blick hatte. Müller-Plath bekennt sich freimütig dazu, unlängst aus der CDU aus- und in die Wertunion eingetreten zu sein. Nur: Was hat all das am Ende noch mit Wissenschaft zu tun?

Für eines aber ist Müller-Plath noch nicht angegriffen worden. Sie publiziert mehrfach gemeinsam mit Horst-Joachim Lüdecke vom Institut EIKE (Europäisches Institut für Klima und Energie). Das Institut ist in der ebenfalls erhitzten Klimawandel-Diskussion nicht unbedingt bei jedermann wohl gelitten. Im Jahr 2022 schafften es beide allerdings in die „Nature Scientific Reports“, einen der renommiertesten Publikationsorte für Technik- und Naturwissenschaften weltweit. Wissenschaftliche Respektabilität scheint mittlerweile doch noch einen Wert zu haben.

In Kritik wegen des „Netzwerkes Wissenschaftsfreiheit“ stand jüngst sogar

Christoph Marksches. Die Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften (BBAW) hatte dem Netzwerk einen Raum für eine Preisverleihung an Bernhard Kempen zur Verfügung gestellt. Die Kritik daran lässt der Präsident aber an sich abperlen: „Die Aufgabe der Akademie ist es, die Wissenschaftsfreiheit zu verteidigen und nicht selbst in den Verdacht zu kommen, Cancel-Culture zu betreiben.“ Für ihn gebe es daher nur eine rote Linie: die Werte der Verfassung und die Bestimmungen der Rechtsordnung. „Ansonsten muss in einer akademischen Einrichtung die Freiheit des Denkens herrschen und über politische Opportunitäten diskutiert werden“, so der Präsident. Andernfalls verfehle die Wissenschaft einen zentralen gesellschaftlichen Auftrag: die „möglichst vorurteilsfreie Wahrheitssuche“. Man kann diese Worte als Mahnung an das eigene Milieu verstehen, sich besser auf sein Kerngeschäft zu konzentrieren.

Man könnte sich zu diesem Zweck aber auch auf Präsidentin Rauch stützen. Nur drei Wochen vor ihrem Angriff auf das „Netzwerk Wissenschaftsfreiheit“ und eine ihrer Professorinnen sagte sie in ihrer Neujahrsansprache – gerichtet an die Mitglieder ihrer Universität: „Das Jahr 2023 war geprägt von Polarisierung. Immer mehr Menschen scheinen sich über Extreme zu definieren. Gegeneinander statt miteinander. Hetze, Gewalt, Konflikte und Medien, die dies anheizen. (...) Ich wünsche mir für das Jahr 2024, dass wir Brücken bauen. Brücken bauen und einander die Hand reichen.“ Das drohende juristische Nachspiel ließe sich also mutmaßlich auch ganz einfach aus der Welt schaffen.

Der Autor war Wissenschafts- und Finanzminister in Mecklenburg-Vorpommern und ist freier Publizist



Im Lichthof der TU-Berlin: Präsidentin Geraldine Rauch

Foto Picture Alliance